



öffentlich

Fachbereich	Dezernent(in) / Geschäftsführer	Datum
1	OB Thomas Westphal	11.11.2022
verantwortlich	Telefon	Dringlichkeit
Dr. Jan Fritz Rettberg	29246	-
Beratungsfolge	Beratungstermine	Zuständigkeit
Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung	24.11.2022	Empfehlung
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	08.12.2022	Empfehlung
Hauptausschuss und Ältestenrat	15.12.2022	Empfehlung
Rat der Stadt	15.12.2022	Beschluss

Tagesordnungspunkt

Einrichtung einer Koordinierungsstelle Digitale Souveränität und Open Source

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die Einrichtung einer 1,00 Planstelle in der Wertigkeit E 13 TVöD zur gesamtstädtischen Koordination und Entwicklung einer Strategie zur Erhöhung der digitalen Souveränität im Fachbereich 1, Geschäftsbereich II - Richtlinien der Stadtpolitik/CIIO. Die Planstelle soll mit Stellenplan 2023ff. sowie deren Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2023ff. für eine wissenschaftliche Mitarbeit beschlossen werden. Nach Besetzung der Stelle wird innerhalb von 2 Jahren der Aufgabenzuschnitt evaluiert, um ggf. eine Schärfung des Aufgabenprofils auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen durchzuführen.

Personelle Auswirkungen

Die Einrichtung einer Planstelle in Vollzeit für eine wissenschaftliche Mitarbeit in der Wertigkeit 13 TVöD, die die Koordination und Umsetzung zum Thema „Digitale Souveränität und Open Source“ auf kommunaler Ebene übernimmt. Die Einrichtung der Planstelle erfolgt mit Stellenplan 2023. Die Besetzung der Planstelle erfolgt im Vorgriff auf den Stellenplan 2023 ff. Eine Kompensation mit anderen Stellen im Fachbereich 1 bzw. Dezernat 1 ist nicht möglich. Innerhalb des Fachbereiches 1 besteht keine Möglichkeit, diesen zusätzlichen Aufwand durch Umschichtungen innerhalb des vorhandenen Planstellenbestandes abzudecken.

Finanzielle Auswirkungen

Die zusätzliche Planstelle ist im Haushaltsplan 2022ff und in der abgestimmten Personalaufwandsplanung 2023 ff. nicht budgetiert. Die Planstelle verursacht im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates den folgenden zusätzlichen Personalaufwand (angenommener Besetzungszeitpunkt 01.01.2023):

KST	Sachkonto	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026
19201	500200	Beschäftigtenentgelt	61.100 €	62.600 €	64.100 €	65.600 €
10082	500210	Sonderzuwendung	3.500 €	3.600 €	3.700 €	3.800 €
19201	501200	Beiträge Versorgungskasse	5.000 €	5.100 €	5.300 €	5.400 €
19201	502200	Sozialversicherungsbeiträge	13.100 €	13.400 €	13.700 €	14.100 €
		Summe	82.700 €	84.700 €	86.800 €	88.900 €

Im Zuge der Haushaltsplanung 2023 ff. sind die Aufwendungen für die zusätzliche Planstelle zu berücksichtigen.

Klimarelevanz

Aus dem Beschluss entstehen keine klimarelevanten Auswirkungen.

Thomas Westphal
Oberbürgermeister

Jörg Stüdemann
Stadtdirektor/Kämmerer

Christian Uhr
Stadtrat

Begründung

Das „Memorandum zur Digitalisierung 2020 bis 2025“ (DS-Nr.: 21874- 21) verweist auf die hohe Bedeutung von Open Source für die digitale Souveränität der Kommune, indem es fordert, wo möglich Open Source-Software (OSS) zu nutzen und die von der Verwaltung entwickelte oder zur Entwicklung beauftragte Software der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Eine Potenzialanalyse zur Anwendung von Open Source in der Stadtverwaltung Dortmund (Untersuchung der Potenziale von freier Software und offenen Standards) wurde den politischen Gremien im 3. Quartal 2022 vorgelegt (DS-Nr.: 25185-22). Auf deren Basis soll eine Open Source-Strategie für die Stadt Dortmund abgeleitet werden, die anhand standardisierter Bewertungskriterien die Entscheidungsfindung für den Einsatz von Open Source-Software unterstützt und einen Fahrplan zur Sicherstellung der digitalen Souveränität enthält.

Dazu ist es notwendig, Aspekte der Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit, Funktionalität, Ergonomie, Nachhaltigkeit und Praktikabilität des Einsatzes von Open Source-Lösungen transparent zu machen und sinnvoll abzuwägen. Darüber hinaus ist die Durchführung von Technologieanalysen und einem zugehörigen Normenscreening ebenso notwendig, wie die Vernetzung mit staatlichen sowie nicht-staatlichen Open Source-Initiativen auf nationaler wie internationaler Ebene.

Um dies zu erreichen und gleichzeitig eine institutionalisierte Schnittstelle zwischen dem Dortmunder Systemhaus, Datenschutz, Politik und gesellschaftlichen Initiativen sicherzustellen, wird die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Digitale Souveränität im CIO empfohlen.

Aufgaben:

Die Koordinierungsstelle für Digitale Souveränität und Open Source umfasst folgende Tätigkeiten und Schwerpunkte:

- Entwicklung einer passgenauen Strategie unter den in Dortmund beschlossenen und gültigen Prämissen (Wirtschaftlichkeit, erforderliche Funktionalitäten (Pflichtenhefte), gesetzliche Vorgaben, Ergonomie, und Dortmunder Besonderheiten bzgl. Dienstanweisungen, Pers-Rat, etc.)
- Konzeptionelle Entwicklung der OSS-Strategie der Stadt Dortmund unter Berücksichtigung der Potenzialanalyse und deren gesamtstädtische Abstimmung mit den relevanten Akteuren der Verwaltung und der Politik
- Definition, Gestaltung und Abstimmung von Richtlinien und Bewertungskriterien zum Einsatz von OSS (Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit, Funktionalität Ergonomie, Nachhaltigkeit und Praktikabilität) in der Stadtverwaltung
- Entwicklung und Durchführung eines Prozesses zur Festlegung von Standards für den Einsatz von Open Source-Software (z.B. bei Dateiformaten und IT-Diensten)
- Entwurf eines Vorschlags für einen standardisierten Bewertungsprozess von Software, der unter Mitwirkung des Dortmunder Systemhauses und im Eilvernehmen zwischen Verwaltung und Politik verabschiedet wird und bei neu einzusetzender Software durchlaufen wird. Diese Bewertung soll die jeweilige Beschaffung einer Software aus Sicht der Themenstellungen der Koordinierungsstelle liefern.
- Bewertung zum strategischen Einsatz von OSS anhand der erarbeiteten Richtlinien in der Stadtverwaltung
- Durchführung von Trend- und Technologieanalysen
- Ansprechpartner im Software-Einführungsprozess hinsichtlich Open-Source-Fragestellungen

-
- Kontinuierliche Abstimmung und Kommunikation mit den Fachbereichen und enge Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Systemhaus
 - Ansprechpartner zur Klärung von OSS-Lizenzfragen
 - Stelle ist zentraler Kontakt zu den Themen digitaler Souveränität, z.B. zur KGSt und anderen Keyplayern dieses Themas
 - Vernetzung mit staatlichen sowie nicht-staatlichen Initiativen auf nationaler wie internationaler Ebene zum Thema Digitale Souveränität
 - Vernetzung, Austausch und Wissenstransfer mit anderen Kommunen und Körperschaften
 - Koordinierungsstelle und Ansprechpartner für OSS-Fragen innerhalb der Stadtverwaltung
 - Koordination für die Veröffentlichung und Pflege von eigenerstellter Open-Source-Software der Stadt (Public Money – Public Code)
 - Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Presse, Beantwortung von Anfragen aus der Bürgerschaft), Organisieren und Durchführen von bedarfsorientierten Workshops und Beteiligungsformaten
 - Dokumentation und Weiterentwicklung der OSS-Strategie und Ermittlung von Optimierungspotenzialen in bestehenden Prozessen und Systemkomponenten
 - Erstellen von Vorlagen für die Berichterstattung in den politischen Gremien, Expertisen aus Sicht der digitalen Souveränität für Genehmigungsvorlagen in den politischen Gremien
 - Darstellung und Präsentation der Arbeitsergebnisse in den politischen Gremien

Profil:

- Abgeschlossenes Master-Studium im Bereich Informatik, Wirtschaftsinformatik oder einem vergleichbaren Studiengang
- Relevante berufliche Erfahrung mit Open Source-Software bzw. Bereitschaft, sich in rechtliche Aspekte der OSS-Verwendung einzuarbeiten
- Souveräner Einsatz von Projektmethoden sowie umfangreiches Know-how zu Methoden, Tools und Anwendungen für das Projektmanagement
- Ausgeprägtes analytisches und konzeptionelles Denken
- Kommunikationsstärke sowie ein selbstbewusstes Auftreten
- Gute Team- und Kommunikationsfähigkeit
- Verständnis für komplexe Software-Architektur
- Hohes Maß an Eigeninitiative und lösungsorientiertem Arbeiten
- Gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift
- Strukturiertes Denken und Handeln, Kooperationsfähigkeit, Flexibilität, Eigeninitiative sowie Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit

Kenntnisse:

- Erfahrungen in der Durchführung von Beteiligungs-, Erprobungs- und Vergabeverfahren
- Kenntnisse kommunaler Verwaltungsstrukturen und Prozesse
- Kenntnisse der Öffentlichkeitsarbeit
- Kenntnisse in der Analyse und Auswertung von Daten
- Fortbildungsbereitschaft und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Aufgaben
- Erfahrungen in der Teilnahme an Arbeitskreisen und fachlichen Gruppen
- Teilnahme an fachspezifischen Fortbildungen und Seminaren

Fortsetzung der Vorlage:

Drucksache-Nr.:

23758-22

Seite

5

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (GO NRW) in der derzeit gültigen Fassung.